

Udo Weiß, Wahlkreis Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten

Bündnis 90 Die Grünen

Fragen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen Büros

Frage 1: Was halten Sie von der geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijobs) als Arbeitsmarktinstrument?

Unternehmen ersetzen immer mehr normale Arbeitsverhältnisse durch Minijobs. Das ist nicht akzeptabel. Die Minijobs gaukeln den ArbeitnehmerInnen in der Not „zufriedenstellende“ Arbeitsverhältnisse vor, die es vor allem bezogen auf die fehlende soziale Absicherung nicht sind weder aktuell noch nach Eintritt in die Rentenphase. Den Sozialkassen werden umfangreiche Einnahmen entzogen. Das muss geändert werden, in dem die Zahl der Minijobs deutlich zurückgefahren wird.

Frage 2: Wissen Sie, wie viel ein Arbeit im Minijob mit einem Verdienst von 300 €/ Monat an monatlicher Rente heute einbringt? 2,40 € oder 3,40 € oder 4,40 €.

Nein, das weiß ich nicht und raten möchte ich auch nicht. Keiner der vorgeschlagenen Werte ist aber ausreichend.

Frage 3: Sollte der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Minijobs gelten?

Grundsätzlich ja. Die Unternehmen sind aber frei, ArbeitnehmerInnen einzustellen oder nicht einzustellen. Deshalb darf zum Schaden der ArbeitnehmerInnen nicht übersteuert werden. Im unteren Lohnbereich sehe ich die bessere Lösung in einem gesetzlichen Mindestlohn.

Frage 4. Wie setzen Sie sich für die soziale Sicherheit ab dem ersten Euro ein?

Durch die Forderung nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, dem Abbau der Zahl der Minijobverhältnisse.

Frage 5: Was halten Sie von der Steuerklasse V?

Ich unterstütze die Forderung der Grünen. Wir wollen die Ungleichheit und Benachteiligung der Frauen durch Reduzierung des Splittingeffektes abbauen. Um den Veränderungseffekt nicht zu groß werden zu lassen, soll ein Freibetrag von 1.500 € bestehen bleiben.

Frage 6: Warum arbeiten Frauen Ihrer Meinung nach in Minijobs?

Aus Geldnot. Das ist ein Ausdruck der Arbeitsmarktlage mit Millionen Arbeitsloser. Auf dem relativ ausgeglichenen Arbeitsmarkt der Schweiz gibt es dieses Problem kaum. Die Frauen sind gezwungen vor allem als Alleinstehende diese Art von Arbeitsverhältnissen zu akzeptieren. Das schnelle Geld wird häufig der langfristigen Versorgung im Alter vorgezogen.

Frage 7: Welche Alternativen sehen bzw. wünschen Sie sich zu den Minijobs?

Natürlich mehr normale Arbeitsverhältnisse, die den familiären Anforderungen vor allem der Frauen entsprechen. Dazu müssen Gesetze geändert werden, die den Abschluss von Minijobs erschweren.